

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 41.

Montag, den 18. Februar 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Reichstagswahl-Enthüllungen.

Die bürgerliche Presse vertuscht oder verschweigt die skandalösen Tatsachen, die vom „Bayr. Kurier“ enthüllt worden sind. Da aber diese unsauberen Geschichten von hervorragender politischer Bedeutung sind und da sie weiter im Reichstage und später noch eine große Rolle in der Öffentlichkeit spielen werden, sehen wir uns veranlaßt, unsern Lesern das gesamte Material im Zusammenhang zu unterbreiten. Hier ist es:

I.

Mahnung zur Wahlarbeit im Flottenverein.

Schon am 19. Dezember 1906 versandte die Präsidialgeschäftsstelle des Flottenvereins an die Landesverbände und Hauptauschüsse ein Rundschreiben, in welchem Anleitung zur Wahlagitatio gegeben wurde — selbstverständlich unter Wahrung des unpolitischen Charakters des Flottenvereins. Am 28. Dezember 1906 erfolgte ein zweites offizielles Rundschreiben mit einer Mahnung zur Abtötung: beide sind für den Kreis zu Satz. unterzeichnet. Der Flottenverein erließ ein Rundschreiben am 20. Dezember 1906 aus der Reichskanzlei — gezeichnet von Günther — ein Rundschreiben „im Auftrage des Reichskanzlers“. Was man in der Zentralfstelle begonnen, setzte man draußen fort; so liegt ein Aufruf an die Mitglieder des Deutschen Flottenvereins aus dem Regierungsbezirk Köln vor uns.

Der Flottenverein gegen die Katholiken.

Ergötzlich ist es, wie man die Katholiken im Flottenverein einzufangen suchte. Das erste Rundschreiben vom 19. Dezember 1906 enthält den Passus: „In denjenigen Verbänden, welche katholische Mitglieder in ihren Reihen zählen, kann der Flottenverein in sachlicher Weise dahin aufklärend wirken, daß man ein treuer Katholik sein kann, ohne im vorliegenden Fall den parteipolitischen Bestrebungen der bisherigen Reichstagsmehrheit sich anzuschließen.“

Man hat nun auch bei allen weiteren Rundschreiben tunlichst Zentrumsleute und Katholiken aus dem Spiele lassen wollen; der Flottenverein wandte sich an die Wahlkreise Würzburg und Jümmenstadt mit der Bitte um „zuverlässige“ Namen! Das Bezeichnungsbüro aber hat sich im Kreise Mörs-Wes abgespielt; in Mörs ist der frühere Apotheker, jetzige Rentier Liessem Vorsitzender der Ortsgruppe; eine Zuschrift der Berliner Präsidialgeschäftsstelle des Flottenvereins war noch an den früheren Vorsitzenden gerichtet, der sie auch öffnete; es ist der Rektor Julius Betschel an der protestantischen Volksschule in Mörs; er teilt nun unter dem 15. Januar 1907 an Generalmajor Keim, Vorstand der Präsidialgeschäftsstelle des Flottenvereins, mit, daß er den Brief geöffnet habe, obwohl er nicht mehr Vorsitzender sei; aber es sei gut gewesen; denn infolge der Unachtsamkeit des Kreisvorsitzenden sei in Mörs der „ultramontane Rentner, früherer Apotheker Liessem“ Vorsitzender der Ortsgruppe geworden; dieser aber mache auf Gehalt des dortigen katholischen Geistlichen die Wahlen für das Zentrum; er (Betschel) habe sich auch schon mit einigen Freunden besprochen, um sich des „ungeeigneten Vorsitzenden“ zu entledigen. Generalmajor Keim antwortete am 16. Januar; er ist mit dieser Sache ganz einverstanden, bittet nur um „größte Diskretion“ und sendet 300 Mark an Betschel als Ersatz seiner Ausgaben. Keim hält „es nicht für einen normalen Zustand“, daß Liessem an der Spitze der Ortsgruppe steht, da dieser zum Zentrum halte; er empfiehlt dem Betschel, mit der „geborenen Vorsicht“ vorzugehen. Auf Veranlassung des Flottenvereins tritt dann Betschel mit dem reichsparteilichen Kandidaten Vorster für Rees-Mörs in Verbindung; Vorster wird als Freund von Liebert warm empfohlen; Betschel nannte noch eine Reihe von protestantischen Lehrern, an welche man Antizentrums-Augschriften versenden könne, auch der jüdische Lehrer in Mörs sei hierfür sehr geeignet!

Doch es kommt noch besser! Der Ministerer Universitätsprofessor Dr. v. Savigny hat sich dem Flottenverein als Redner angeboten, um gegen das Zentrum aufzutreten. Der Flottenverein sendet Telegramme an Gymnasialdirektor Knorke in Osnabrück und Anwalt Marwitz in Berlin, daß Dr. v. Savigny sich zur Verfügung stelle. Am 29. Januar 1907 schreibt Generalmajor Keim an Herrn Dr. v. Savigny, daß er als Redner in Osnabrück — was am Freitag geschah — oder Rees-Mörs auftreten solle, und fügt dann bei: „Nach meiner Ansicht ist es jetzt die Hauptfrage, alle Lekteterei und alles Diplomatisieren auch gegenüber dem Zentrum so lange aufzugeben, bis letzteres seine demagogische Führung abschüttelt. Diese Auffassung vertritt ich auch hier an amtlicher Stelle.“ Doch Herr v. Savigny ist Katholik; nun wollen wir nebeneinander sehen, was derselbe Generalmajor v. Keim am 4. Januar 1907 an den protestantischen Pastor H. Weber in M. Gladbach geschrieben hat:

Generalmajor Keim am 16. Januar 1907 an den katholischen Professor Dr. v. Savigny in Münster: „Ich hoffe, daß durch Ihre lichtvolle Darstellung weiten Kreisen unserer katholischen Mitglieder endlich die Augen

Generalmajor Keim am 4. Januar 1907 an den protestantischen H. Weber in M. Gladbach. Er bittet diesen „nach Rücksprache mit dem Fürsten Bülow und Herrn von Lößel“ dringend, daß die Mitglieder der evangelischen

geöffnet werden über die Gefahren, welche dem Katholizismus als solchen drohen, wenn kein berufener Vertreter auch weiterhin das Zentrum in seinen jetzigen Gestalt bleiben sollte.“

Arbeitervereine als evangelische Männer und gute Patrioten in dem Wahlkampf ihre Schuldigkeit tun.

„Ich brauche Ihnen wohl nicht weiter auseinanderzusetzen, daß der Kampf gegen das Zentrum auch einen solchen gegen den Ultramontanismus, den Todfeind unserer evangelischen Konfession, bedeutet.“

Diese Gegenüberstellung spricht für sich selber.

Der Reichskanzler als Flugblattverteiler.

„So schön! Eines der schönsten Stücke ist die Rede des Herrn Erzberger“ deren Entstehung durch folgendes beleuchtet wird.

Am 2. Januar 1907 schreibt Generalmajor Keim an den Kreisdeputierten der Kolonialabteilung, Geheimrat von der Gröben, einen Brief, in dem es folgendenmaßen heißt:

„Der Herr Reichskanzler ist, wie ich heute erfahren habe, durchaus damit einverstanden, daß die Reichskanzlei für die Herausgabe von Flugblättern usw. geschaffen werde. Ich habe hierauf gesagt, daß der Flottenverein diese Stelle im Interesse der guten Sache annehmen werde.“

„So der unpolitische Flottenverein treibt mit Wissen des preussischen Ministerpräsidenten politische Propaganda, und setzt sich damit über die Bestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes hinweg!“

Doch noch mehr! Schon am 3. Januar 1907 schreibt Generalmajor Keim an den Kreisdeputierten der Kolonialabteilung weiter:

„Ich bin gestern bei Fürst Bülow und heute bei Herrn von Lößel gewesen, die meinen Besuch gewünscht hatten. Wir sind konform (einer Meinung), was die Agitation betrifft, ebenso, daß die Agitation auf Herrn Erzberger heißen muß: „Die Rede des Herrn Erzberger“. Jeder andere Titel ist nicht gut und möchte ich ganz ergeben darauf aufmerksam machen, daß die Schrift „Die Ärgernisse des Herrn Erzberger“ möglichst bald erscheinen muß. Ich bitte, mir vor der Drucklegung einen Vorkostenabzug zu übermitteln, da ich dieselbe noch hier und da einen Schläger ausfeilen kann.“

„Das ist dann auch geschehen. Am 4. Januar 1907 schreibt Geheimrat v. d. Gröben an Generalmajor Keim, daß die Schrift nur heißen soll: „Rede des Herrn Erzberger“, da nur das militärtechnische Gebiet behandelt sei und eine Fortsetzung in 8-10 Tagen das volkswirtschaftliche Gebiet zu behandeln habe. Generalmajor Keim ist hier von ganz entzückt und schreibt noch am 4. Januar 1907 an Geheimrat v. d. Gröben zurück, daß er ganz einverstanden sei mit der Ueberschrift; die nächste Broschüre müsse dann heißen: „Weitere Ärgernisse des Herrn Erzberger“, und er fügte noch hinzu: „Das packt und zecht“. Am 7. Januar 1907 berichtet der Präsident des Flottenvereins an Geheimrat v. d. Gröben: „Eine Viertelmillion Erzberger in alle Welt gesandt. Der Herr General ist der Ansicht, daß die Fortsetzung spätestens in der nächsten Woche raus müßte, und gestatte ich mir die ganz ergebene Anfrage, wann dem Manuskript für die Fortsetzung entgegengehoben werden darf.“

Major Lauff als Wahlrichter.

Man etwas humorvolles. Major a. D. Lauff in Wiesbaden hat bekanntlich ein Gedicht verfaßt: „An die deutschen Mütter“. Das Gedicht fand nicht überall Anklang; viele Frauen, denen man es zur Verteilung überhand, schrieben zurück, daß es nicht packend sei und daß es gewöhnliche Frauen nicht verstünden. Aber dem Dichter hat es folgendes Dankschreiben vom General Keim vom 2. Januar 1907 eingelegt:

„Er danke für das „wundervolle“ Gedicht. Natürlich müßte der Titel umgeändert werden, da es der nationalen Sache im Wahlkampf dienen muß und dementsprechend durfte es nicht zu sehr auf Weiblichkeit zugeschnitten sein. Ich habe auch dem Fürsten Bülow, der sich ebenfalls ungeheuer sympathisch über Ihr Gedicht ausgesprochen hat, ein abgeändertes Exemplar zugestellt, und er findet den Gedanken ausgezeichnet. Vorkünftig habe ich eine Million davon drucken lassen.“

„Stößlich! Einem Weihnachtsgedicht gibt man eine andre Aufschrift, und man hat ein Wahlgedicht!“

Die Reichskanzlei bei der Wahlarbeit.

Doch die Leute des Flottenvereins kamen in der Wahlbewegung auch manchmal schlecht weg; da riefen sie nach Staatshilfe, die ihnen auch gegeben worden ist. General v. Liebert klagt am 11. Januar 1907 dem Generalmajor Keim, daß er in seinem Wahlkreise „mit Mißtrauen empfangen werde“. General Keim antwortet ihm unter dem 15. Januar 1907: „Es ist von hier aus alles geschehen, auch von Seiten der Reichskanzlei, um Ihnen die unbequeme Konkurrenz (dank sind die bürgerlichen Gegenkandidaten gemeint) vom Halse zu schaffen.“ Also amtliche Wahlbeeinflussung in höchster Potenz! Generalmajor Keim aber klagt, daß man ihm nur einen unsicheren Kreis angeboten habe.

„Das Regierungsteuer einige Grade nach links“. Ganz seine Gaben werden aufgedeckt durch 2 Briefe von Generalmajor Keim an Professor Eichhoff, den bisherigen Frei-

willigen Abgeordneten in Remscheid: Diese bereiten uns besonderen Spaß. Am 3. Januar 1907 schreibt Generalmajor Keim an Professor Eichhoff:

„Es ist von hier aus sofort alles geschehen, um versöhnlich, teils agitatorisch, Ihre Wahlen zu fördern. Ich war gestern im Palais und habe Fürst Bülow gesprochen und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung die Güte haben muß, dem Steuer einige Grade nach links zu geben und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß die Konservativen und der Bund der Landwirte nicht Sonderpolitik treiben. Wir haben auch von Ihnen gesprochen und hält auch der Fürst Bülow Sie für den geeigneten Mann, die freisinnige Partei in dem nationalen Fahrwasser dauernd zu erhalten.“

Aber nach dem 25. Januar 1907 scheint die Regierung diese „Güte“ nicht mehr gehabt zu haben, denn da klagt derselbe Generalmajor Keim, daß alles beim alten bleibe, ja daß es noch schlimmer werde, weil Zentrum und Konservative eine sichere Mehrheit erhalten. Am 15. Januar 1907 aber erhielt Professor Eichhoff folgendes Schreiben von Generalmajor Keim:

Nach verschiedenen Rücksprachen mit Wilhelmstraße 77 (Reichskanzleramt), wo man sich für Ihre Wahl warm interessiert, ist, um die Sache praktisch zu gestalten, die amtliche Unterstützung im Wahlkreise Remscheid-Kemscheid in jeder Weise sichergestellt. Was den Wahlkreis Langensalza betrifft, so bedaure ich und ebenfalls Wilhelmstraße 77 aufrichtig — diese Mitteilung aber ganz vertraulich — daß dort ein nationaler Gegenkandidat gegen Sie aufgestellt ist.“

Zur Ergänzung sei beigefügt, daß Eichhoff in beiden Kreisen kandidierte; in Langensalza war sein Gegner — Oktavio v. Joditz! Sehr hübsch von Wilhelmstraße 77, daß sie dessen Wahl nicht will; Joditz wäre auch nicht in die Stichwahl gekommen, wenn die Nationalliberalen sofort für Eichhoff gestimmt hätten!

Eine gern gesehene liberale Nebenregierung.

Nun noch einige Zeilen aus der und an die Reichskanzlei. Am 31. Dezember 1906 berichtet Geheimrat v. Günther, daß ein Reichsgerichtsrat, der seinerzeit von den sächsischen Staaten vorgeschlagen worden sei, bald in Ruhestand trete; ob der seitherige Abg. Vorzja (M.) auf diese Stelle dann gelangen, müsse man in Weimar erfragen! Geheimrat v. Lößel empfiehlt am 5. Januar 1907 dem Flottenverein den Regierungsrat a. D. v. Lamprecht in Frankfurt a. O. als Redner und Wahlagitator. In manchen Publikationen des Flottenvereins und Schreiben desselben an die amtlichen Stellen finden Anzeigen gegen Beamte der Opposition, z. B. gegen den Landgerichtsrat Fischert (Z.), in Frankfurt, seitheriger Abgeordneter, ein.

Eines der amüsansten Schriftstücke ist der Brief des Generalmajors Keim an den Chef der Reichskanzlei vom 4. Januar 1907. Da wünscht Generalmajor Keim, daß der Chef der Reichskanzlei auf die „Staatsbürgerzeitung“ einwirken möge, daß sie das „Christlich-nationale“ in der Arbeiterbewegung mehr in den Hintergrund treten lasse; „beim „Volksboten“ habe ich direkt einwirken lassen und wird derselbe wohl vernünftig sein“. Dann heißt es in bezug auf den Silversternbrief: „Aber die Opportunität des Briefes an Herrn v. Liebert (Silversternbrief) kann man verschiedener Ansicht sein... Was die Freisinnigen betrifft, so wäre es von großem Wert, daß auf die „Volksztg.“ (Bachmann) maßgebender Redakteur dieses Blattes, D. Red. ist ja sonst ein Freund des Reichskanzlers“, auf das „Berliner Tageblatt“ und den „Bayr. Kurier“ als die Chorführer eingewirkt wird, daß sie von einer Mißtrauensvotum ablassen.“

Dann folgt der Vorschlag, durch Vermittlung des Reichspostamts sich die Adressen von Postinspektoren geben zu lassen, wie es schon 1893 geschehen sei, damit diese, weil sie so viel wüßten, die Flugchriften verteilen könnten!

Politische Rundschau

Deutschland.

Ein Vernichtungspulver. Bülow hat der Associated Press auf eine Anfrage erklärt, daß der Ausfall der Reichstagswahlen keine aggressive Weltpolitik in sich schließe. — Bülow kann solche Erklärungen bekanntlich sehr leicht abgeben. Ob ihm aber von anderer Seite nicht zu gelegener Zeit ein Strich durch die Rechnung gemacht wird, bleibt abzuwarten.

Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Nach „berühmtem Muster“ hat der Bund der Landwirte auf seiner letzten Tagung beschlossen, den Obersten Deimling in Windhut anguzulegraphieren. Prompt erfolgte auf das Telegramm eine Dankadresse. Deimling, der durch sein „schnelliges“ Auftreten im Reichstage Sr. Mt. unliebsam geworden erregte, ist so recht der Mann nach dem Herzen der Agrarier.

Mit der „Einigung“ im Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza ist es nun tatsächlich nichts, nachdem der lange Müller es abgelehnt hat, sich auf bestimnte, von freisinniger Seite gestellte Fragen festzulegen. Nunmehr haben die Freisinnigen den Lehrer Merz in Berlin, der bisher als Durchfallskandidat im 18. hannoverschen Kreise fungierte, aufgestellt.

„Wenn unser Präsident die Listen vergleicht.“ Aus dem letzten Wahlkampf werden immer mehr liebliche Einzelheiten über die umfassende Tätigkeit des amtlichen

Wahlapparates bekannt. Im Wahlkreis Gnesen-Wonadowitz war gegen den bisherigen Vertreter, den Polen Grabski, der Kandidat Dr. Dyonizius als Kandidat der Reichspartei aufgestellt worden, ohne daß es ihm trotz kräftigster amtlicher Wahlmacht gelang, den Polen zu verdrängen. Wie der amtliche Apparat gearbeitet hat, dafür wird der „Berl. Morgen-Zeitung“ aus dem Wahlkreise ein beeindruckendes Beispiel mitgeteilt in Gestalt eines vervielfältigten Zirkulars, das wir im folgenden „naturgetreu“ wiedergeben:

St.liches Anklageamt Wloschanow.
1. Wahlstation: Janowiß Bez. Bromberg.
Lageb. Ziffer
Wloschanow, den 23. Januar 1907.

In
sämtliche Herren Ansiedler
in
Janowiß und Blau.

Nach ich zu meinem Teile bitte im Anschluß an den beabsichtigten Wahlauftritt alle Herren Ansiedler, an der Wahl sich zu betätigen.

Wir Deutschen hier müssen zeigen, daß wir seit der letzten Wahl nicht nur an Stimmzahl, sondern auch an Pflichtgefühl zu unserem deutschen Vaterlande gewonnen haben.

Also alle zur Wahlurne am 25. Januar zwischen 10 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Keiner darf ohne ordnende Entscheidung fehlen, damit, wenn unser Präsident die Listen vergleicht, er seine Freude an der regen Beteiligung hat.

NB. Wahllokal: Der Oberverwalter
Rathaus in Janowiß! Sperlking.

Der listenvergleichende Präsident ist nicht auf seine Kosten gekommen. Trotz der geschätzten Mitwirkung des Oberverwalters sind nur 7759 Stimmen gegen die 16448 Stimmen der Polen aufgefunden!

Gegen die widerhaarigen Polen hat der preussische Bureaucratismus wieder ein neues Kampfmittel erfunden. Aus Bromberg wird berichtet: Der Realschüler Elbinski aus Wollstein wurde auf Anordnung des Provinzialschulkollegiums von der Realschule verwiesen, weil sein Vater, der Schneidermeister Elbinski, im Vordergrund der polnischen Bewegung zu Wollstein steht und auch die Schwester andauernd im Schulstreik verharret. Zugleich wurde ihm eröffnet, daß eine Wiederaufnahme in eine höhere deutsche Lehranstalt für immer ausgeschlossen sei. Einem anderen Schüler wurde dieselbe Maßregelung angedroht, falls dessen Geschwister weiter in der Obstruktion verharren sollten. So werden die „Sünden“ der Väter an den Kindern gerächt.

Der neue Reichstag. Dem Reichstage werden, nach einer Berliner Meldung, am 19. Februar an Regierungsvorlagen zugehen: Der Nachtragsetat für 1906, der Reichsetat für 1907 und der Gesetzentwurf über die am 12. Juni vorzunehmende Volkszählung in Deutschland. Die Regierung legt Wert darauf, diesen Entwurf, der im Prinzip von allen Parteien schon genehmigt war, sofort zu verabschieden, da sonst wegen der umfassenden Vorbereitungen der in Aussicht genommene Termin nicht innegehalten werden kann. Der Reichsetat und der am 13. Dezember abgelehnte Nachtragsetat für Südwestafrika werden dem Reichstage unverändert vorgelegt werden. Der Nachtragsetat (29 Millionen) wird im Wege der Indemnität bewilligt werden müssen, da seine Mittel größtenteils ausgegeben sind. In den Kolonialetat für 1907 „hofft“ man aber, namentlich im Etat für Südwestafrika, in Anbetracht der jetzigen günstigen Lage, Abstriche machen zu können, die auch die Zustimmung der Regierung finden würden.

Inr Wahlmacht des Flottenvereins. Der Flottenverein als solcher weist die Folgerung aus der skandalösen Wahlmacht seines Leiters, des Generals Keim, daß der Flottenverein sich in eminentester Weise als politischer Verein und Handlanger der amtlichen Wahlbeeinflussung erwiesen habe, natürlich mit Enttäufung von sich. Der Ausschuß des schlesischen Provinzialverbandes des Deutschen Flottenvereins erklärt in einer an die „Schles. Ztg.“ gerichteten Zuschrift, Landrichter Stern in Beuthen habe auf Anfrage des Ausschusses mitgeteilt, sein Briefwechsel mit dem Generalmajor Keim habe in der Form stattgefunden, wie er wiedergegeben worden sei. Es habe sich aber nicht um einen Briefwechsel in Flottenvereinsangelegenheiten, sondern um einen Briefwechsel des Privatmannes und Politikers Keim mit dem Privatmann Stern gehandelt, über den er keinem Deutschen Rechenschaft ablegen müsse. Auch Amtsrichter Knaut habe mitgeteilt, daß er lediglich privatim mit Generalmajor Keim korrespondiert habe. Diese oberhalb Ausrede steht in offitem Widerspruch zu der Auffassung des deutschen Kaisers in dieser Angelegenheit. Der Kaiser soll nämlich nach einer nicht dementierten Meldung beim letzten Hofball an den Präsidenten des Flottenvereins, Fürsten Salm, herankommen sein und mit erheblicher Stimme vor zahlreichen Zuhörern geäußert haben:

„Mein lieber Fürst, die Wahlen sind ja vorzüglich ausgefallen, und ich freue mich, daß Ihr Flottenverein seine Sache so prächtig gemacht hat.“

Die Enthüllungen des „Bayerischen Kurier“ über die Wahlstätigkeit des Flottenvereins begannen am 4. Februar, während der letzte Hofball am 12. Februar stattgefunden hat. Der Kurier identifiziert also die „nationale“ Tätigkeit des Generals Keim ohne weiteres mit der des Flottenvereins! Daß er außerdem auch anders über die gemeinsam vom Flottenverein und dem Kolonialamt verübte Flugblattfabrikation solcher Schriften wie „Die Lügen des Herrn Erzberger“ und „Die koloniale Lügenfabrik“, Erzberger, Stabthagen u. Co.“ denkt, wie die Kritiker dieser Schmutz- und Schwindelschriften, verdient immerhin vermerkt zu werden!

Skavenhandel in den deutschen Kolonien. Immer mehr Eisenblasen zerplatzen den Kolonialgaulern, die bei den letzten Wahlen nicht genug deklamieren konnten von den Segnungen der Kultur, die sie angeblich in deutschen Kolonien verbreiten. Wie diese „Segnungen“ bei Licht ausseheln, darüber gibt der amtliche Bericht des englischen Kolonial Office Auskunft, und besonders der Bericht des High Commissioner von Nord Nigeria, Sir Frederick Lugard, eines der zuverlässigsten und erfolgreichsten Kolonialbeamten, über die England im schwarzen Erdteile verfügt. In diesem Bericht wird in aller Form den deutschen Beamten der Vorwurf gemacht, daß sie den Skavenhandel in deutschen Kolonien duldeten. Es heißt da über die Verhältnisse in Britisch-Norun und Deutsch-Kamerun:

„Es existiert ein sehr lebhafter Skavenhandel durch Bornu; Hunderte von Skaven werden auf deutschen Gebiete gekauft, namentlich in den Märkten von Doba und Mandara (wo deutsche Beamte ihren Sitz haben, und durch Britisch-Norun zum Verlaufe nach Kabil auf französischen Boden gebracht. Dieser Platz ist eine von den jüngst unter der vorjährigen anglo-

französischen Konvention von England an Frankreich abgetretenen Städten, und ist seit der Abtretung ein großer Skavenmarkt geworden. Ein vom Residenten nach Kadai entlassener Agent zählte 33 auf offenen Markt zum Verkauf gestellte Skaven, er traf 22 auf ihrem Marsche dorthin, und ein freischer Händler von Lagos berichtet, daß er einen blühenden Skavenhandel in Zinder sah, aus dem ein reicher Tripolitaner große Gewinne macht. Einige Skaven wurden auch in den heidnischen Distrikten von Songola gekauft und nach dem französischen Gebiet gebracht. Artikel von stehender Schwere sind gegen abgefaßte Skavenhändler gefaßt worden und alle möglichen Anstrengungen wurden gemacht, um diesen Handel zur Einstellung zu bringen. Nicht weniger als 174 Skaven wurden im ersten Vierteljahr 1906 befreit. Das Heim für befreite Skaven in Bornu ist mit befreiten Kindern überfüllt und wird erweitert; wir haben es sogar nötig gefunden, ein Dorf für erwachsene befreite Skaven einzurichten. Der Verdienst aus dem Skavenhandel ist so groß, daß ich fürchte, daß trotz unserer Anstrengungen und trotz des Risikos, das wir übernehmen, er fortbauern wird, wenn nicht die Deutschen und Franzosen durch Schluß der Skavenmärkte mitwirken wollen.

Und weiter, nach den Äußerungen des deutschen Leutnants Nitschmann:

„Weisse Beamte sind nur im Lande, um über den deutschen Interessen zu wachen. Die Futur-Hauptlinge sind völlig ohne Kontrolle und haben Freiheit, ihre eignen Methoden anzuwenden. Solange sie die Deutschen in Ruhe lassen, können sie Leute töten oder ins Gefängnis stecken, können sie nach geliebten Städte in Brand stecken und ihre Raubzüge werden nicht gehindert. Deutsche Beamte sollen keine richterlichen Befugnisse haben, und sie senden jeden Gesetzesübertreter, einschließlich europäischer Händler und Reisender, zu dem Häuptling, damit er nach seinem Gefallen mit ihnen verfähre. Sie stellen sich, als ob sie den Skavenraub verhindern, aber es gibt keine Mischung in den Skavenhandel und Skaven werden offen zum Verlaufe ausgekauft. Noch weniger werden Skaven jemals von den Beamten befreit. Es gibt unregelmäßige Requisitionen von Getreide und Vieh, aber keine formell geregelte Besteuerung. Aus der Mitteilung des Leutnants Nitschmann geht klar hervor, daß die Deutschen ihre Verpflichtungen unter der Brüsseler Akte nicht in demselben Sinne, wie wir, auslegen.“

Die deutsche Regierung wird nicht mahin können, auf diese schweren Angriffe zu antworten. Wenn das die „Segnungen“ der Kultur sind!!

Von einem angeblichen Kuhhandel der Zentrumspartei und der Sozialdemokratie in Elsaß-Lothringen faßelt fortwährend die „liberale“ Presse. Demgegenüber wird von unserem Mülhhauser Parteiorgan festgestellt: Jene ein Stichwahlabkommen zwischen der Zentrumslitung und dem sozialdemokratischen Landesvorstand, der die von Blumenthal nicht angenommenen Mindestforderungen zur Stichwahl aufstellte, ist nie getroffen worden, auch haben keine derartigen Verhandlungen stattgefunden. Der sozialdemokratische Landesvorstand stellte diese weitgehenden Mindestforderungen auf ohne Rücksicht auf die Lage in Straßburg-Stadt, weil er dies im Interesse der demokratischen Entwicklung für notwendig hielt, um Blumenthal, der seinen aus der Verschärfung der demokratischen Forderung der konfessionslosen Schule an die Schwarzen hervorgegangenen Landesausschusskollegen kläuber willkommen hieß, zu einer klaren und festen Stellungnahme zu zwingen. Die Mindestforderungen der reichsländischen Genossen sind von uns seinerzeit mitgeteilt worden. Sie waren so entschieden und so klar, daß nur zu bedauern ist, daß sie lediglich im Reichsland und nicht überall da, wo der „entschiedene Liberalismus“, der „Freisinn“ oder die „Demokratie“ auf sozialdemokratische Stichwahlhilfe rechneten, aufgestellt wurden. Da galt es, Farbe zu bekennen! Mancher von den „Freisinnigen“, der jetzt auf sozialdemokratischen Kräften in den Reichstag humpelt, wäre dann gepurzelt.

Dem „gesunden“ Klima unserer ostafrikanischen Kolonie ist der Unteroffizier Henning aus Arleben zum Opfer gefallen. Er starb an Erschöpfung infolge Ruhr und Malaria.

Keine Spaltung? Die bayerische Zentrumspresse bestreitet die Absicht einer konservativen Wpaltung. Man habe Privatbesprechungen für den Parteitag mißdeutet.

Rußland.

Wie „beruhigt“ wird. In Bendzin wurden vom Kriegsgericht 5 Personen zum Tode verurteilt. Nach einer amtlichen Statistik wurden im Januar von den Feldgerichten in Bendzin, Gzenstochau und Sosnowice 117 Personen zum Tode verurteilt.

England.

Im Unterhaus ist ein Gesetzentwurf von dem Liberalen Dickinson eingebracht worden zwecks Einführung des Frauenstimmrechts. Die zweite Lesung der Vorlage soll am 8. März stattfinden.

Arbeiter, Parteigenossen!

Erwerbt

das Lübeckische Bürgerrecht!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 18. Februar.

Zuzug von Fischlern, Drechslern, Maschinen- und Fußarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Achtung, Steinarbeiter! Über die Kunsthand-Steinfabrik von Brack u. Störmer ist von den Steinarbeitern die Sperre verhängt worden.

Der Vorstand.

Achtung, Maurer! Über die Beton-Firma „Komet“-Stettin, welche Arbeiten am Bau der Almühle in Siems ausführt, ist die Sperre verhängt worden. Die Kollegen wollen das beachten.

Die verflochtenen Reichstagswahlen haben aufs neue bewiesen, wie sehr es den Proletariern in weißer Wäsche, insbesondere den Handlungsgehilfen, an Aufklärung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung mangelt. Nir-

gend hat wohl die nationale Phrase mehr gezogen, als gerade in diesen Kreisen. Dies hat einerseits seinen Grund darin, daß viele Handlungsgehilfen in der ischer und sozialer Beziehung völlig unwillig sind. Andererseits darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß die alten kaufmännischen Vereine jahrein, jahraus die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigen und — soweit sie damit keinen rechten Glauben mehr finden — die Zweifler durch das Lied von der „nationalen Ehre“ zu täuschen verhehlen. Die „nationale“ Wahlparole fand demnach bei den Handlungsgehilfen einen gut vorbereiteten Boden. Dazu kam, daß eine Reihe der kaufmännischen Vereine während der Wahlbewegung einen wahren Feldzug gegen die Sozialdemokratie eröffnete — und selbst die dümmsten Lügen fanden bei den „nationalen“ Handlungsgehilfen ein gläubiges Publikum. Der Handlungsgehilfe ist gewöhnt, auf jeden Wink des Prinzipals zu variieren. So erklärt es sich auch, daß auf Wunsch des „Herrn Chefs“ die Angestellten oft genug nicht nur die Wahlauftritte bürgerlicher Kandidaten unterschrieben, sondern auch die schriftlichen Wahlarbeiten anfertigten und als Stimmzetteltreuer oder Listenführer in den Wahllokale anzutreten waren. Die „nationale“ Wahlparole, der Kampf gegen die „vaterlandslose Sozialdemokratie“, der Wunsch des Prinzipals bildeten die Richtschnur der Handlungsgehilfen im verflochtenen Wahlkampf: nur eine hatten sie vergessen, zu berücksichtigen, und das waren — ihre eigenen Interessen! Dem Mangel an gewerkschaftlicher Erziehung ist es zuzuschreiben, daß die Proletarier in weißer Wäsche im Wahlkampf ihre eigenen Wünsche auf Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse außer acht ließen und für Kandidaten agitierten und stimmten, die auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete ihre schlimmsten Gegner sind. Doch ist es nicht die Gesamtheit der kaufmännischen Angestellten, die auf diese Weise ihren eigenen Interessen zuwiderhandelt. Die gewerkschaftliche Organisation der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Sitz Hamburg), hat hier Preche gelegt. Andererseits hat die politische Bewegung der Sozialdemokratie aus den Kreisen der kaufmännischen Angestellten manchen Anhänger zugeführt. Mehr als einmal hat sich aber herausgestellt, daß sozialdemokratisch gestimmte und politisch organisierte Handlungsgehilfen nicht nur den bürgerlichen kaufmännischen Vereinen angehören, sondern auch für sie agitatorisch tätig sind, d. h. die gewerkschaftliche Organisation der klassenbewußten Angestellten direkt oder indirekt bekämpfen. Wer sich in politischer Beziehung zum Klassenbewußtsein durchgerungen hat, kann aber in gewerkschaftlicher Beziehung nicht die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit anerkennen, sondern muß notwendigerweise den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung auch auf diesem Gebiete führen, und zwar durch den Anschluß an die Gewerkschaft. Es ist somit Pflicht eines jeden klassenbewußten Handlungsgehilfen, jeder Gehilfin, sich dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Sitz Hamburg) anzuschließen. Die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen werden erucht, ihre Familienangehörigen, die im Handeldgewerbe (Kontor oder Laden) tätig sind, zum Eintritt in die Gewerkschaft zu veranlassen. Anmeldungen werden vom Hauptvorstand in Hamburg (Adresse: Max Josephshof, Hamburg 1, Weichenburgerhof 57) sowie von den Bevollmächtigten allerorts entgegengenommen.

Arbeiterentlassungen nimmt nunmehr auch die Holzfirma Gohmann u. Jürgens vor. Wie die Arbeiter meinen, hängen diese Maßnahmen mit der letzten Reichstagswahl zusammen. Am Wahltag wurde nämlich von sämtlichen Leuten gefeiert. Da die Firma nun nicht alle Arbeiter entbehren kann, so schreibt sie jetzt zu Einzelentlassungen, und zwar nimmt sie dieselben in der Form vor, daß Arbeiter, die lange Jahre bei ihr tätig waren, auf das Pfaster geworfen werden, während andere, die noch nicht lange im Betrieb sind, bleiben können. Natürlich wird es demnächst wieder im Amtsblatt heißen, daß die Entlassungen mit der Reichstagswahl nichts zu tun haben, denn die Leute, welche im Auftrage ihrer Kollegen das Schreiben an die Firma richteten, sind nicht gefündigt worden. Gohmann u. Jürgens verfolgt eben eine andere Taktik als die Firma Havemann u. Sohn. In Ursache und Wirkung bleiben sich beide jedoch gleich. Arbeiter, denkt an eure Familien! Den Mahnruf müssen wir anlässlich der neuen Arbeiterentlassungen immer wieder erklingen lassen. Ginein in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, damit Ihr für alle Fälle gerüstet seid!

Die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Unternehmer, den Arbeitern während der Krankheit die Kündigung ins Haus zu schicken, macht Schule. Wir können wieder einen Fall mitteilen. Einem Fischer, der bei der Firma Ferd. Kayser beschäftigt war, und sich im Dienst derselben einen Unfall zuzog, wurde während seiner Krankheit durch den Inhaber der Firma gekündigt. Kommentar überflüssig.

S. Die Firma Finke u. Stech „berichtigt“ in der letzten Nummer des „Volkboten“, daß sie keine Waren verauktioniert hätte und daß in ihrem Betrieb jetzt ein drittel Arbeit mehr fertig würde, als früher. Durch die letzte Behauptung geht jeglicher Schein von Glaubwürdigkeit an der ganzen „Berichtigung“ verloren. Die Firma beschäftigt vor dem Streik über 100 Mann, davon waren 60 bis 70 Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter, die in dem Betriebe auf die verchiedenen Artikel eingearbeitet waren. Heute arbeiten daselbst außer den ungelerten Arbeitern noch allerlei Handwerker, aber höchstens ein Duzend gelernte Tischler, wovon die meisten des Montags überhaupt nicht tätig sind. Und da wagt man es zu schreiben, daß diese noch ein drittel Arbeit mehr fertigstellen als früher die eingearbeiteten Leute. Auch ist es um deswegen schon ganz unmöglich, weil die Maschinen schon früher an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt waren. Solche Unwahrheiten hat der Mann, der uns die Mitteilung machte und die auch noch von anderer Seite bestätigt wurde, nicht gesagt. Man kann es daher auch niemanden zumuten der Berichtigung der Firma Stech Glauben zu schenken. Herr Stech scheint zu denken, in Lübeck könnte man nicht wissen was in Kiel mit seinen ihm zur Verfügung gestellten Sachen vorgeht.

Die Arbeiter-Bildungsschule besuchte am Sonntag unter der Leitung ihres Lehrers die naturwissenschaftliche Abteilung des Museums. Freunde und Schüler der Schule waren in großer Anzahl erschienen. In dieser Besichtigung konnte man wieder erkennen, daß die Bildungsschule bestrebt ist, das Wissen unter ihren Anhängern zu fördern und zu vertiefen. Deshalb sollte kein Arbeiter veräumen, sich der Schule anzuschließen, da Beitritt und Beitrag nur äußerst gering sind.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Eiel- und Straßbauarbeiten wird die Durchfahrt von der Bäckerstraße am Wilhelmtheater vorbei bis zur Straße über den Brink vom Montag, den 18. Februar cr. ab bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

Jahresbericht des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen, Bezirksstelle Lübeck. Aus dem Bericht des Vorstandes ist folgendes zu entnehmen: Mitgliederzahl am 1. Januar 1906: 195. Im Laufe des Jahres erfolgten 37 Neuaufnahmen, 26 Kollegen reichten 24, 8 sind von andern Gewerkschaften übergetreten, gestorben 2.

Volkskammer vor dem **Schöffengericht** durchzuführen hatte. Am 18. Juni v. J. erschien im „Volksblatt“ ein Artikel aus **Waltershäusern**, daß in der Volksschule viel geprügelt werde und daß dieses gerade schwach begabte Kinder treffe. Schuldirektor **Barth** strengte darauf gegen den **Genossen Foss** die Klage an, daß die Lehrerschaft von **Waltershäusern** durch den Inhalt des Artikels beleidigt sei. Der Herr Direktor wußte als Zeuge nichts von einer Mißhandlung in seiner Schule. Er gab zu, daß in der Schule körperlich geprügelt werde, und daß dies auch weiter geschehen solle, aber selbstverständlich nur im Rahmen der Schulordnung. Im übrigen ersuchte er, von der Vernehmung der Kinder abzulassen, worauf das Gericht indes nicht eingehen konnte. Die weiteren Zeugnisaussagen ergaben, daß Schuldirektor **Barth** über die Zustände in seiner Schule sehr schlecht informiert war. Der Knabe **Willy Hellmund**, ein schwächlicher Junge von elf Jahren, gab an, mehrere Male von seinem Lehrer geschlagen worden zu sein, weil er nicht lesen konnte. Er hat Striemen gehabt, die ein paar Wochen sichtbar waren. Lehrer **Beer** gab zu, den Knaben ein zweites Mal geschlagen zu haben, weil er nach Erhalt der ersten Schläge zu seinen Mitschülern gesagt hatte: „Das sage ich meinem Vater.“ Der Knabe **Paul Christ** ist vom Lehrer **Groß** geschlagen worden, weil er ein Rechenexempel nicht lösen konnte. Die Striemen waren zwei Wochen lang sichtbar. Die achtjährige **Ella Kuhn**, ein sehr zartes und schwächliches Kind, hat vom Lehrer **Groß** solche Hiebe bekommen, daß sie nach ihrer Aussage acht Tage lang nicht schlafen konnte. Der Vater **Kuhn** bekundete, daß beide Arme des Kindes **blitzblau** geschlagen waren; bei einer andern Gelegenheit sei es vom Lehrer **Groß** so geschlagen worden, daß die Zähne bluteten. Das Kind sei schwächlich und nervös und könne nicht gut sprechen. Der empörte Vater nannte vor Gericht die Behandlung der Kinder eine „Schweinerei“, worauf er zur Ordnung gerufen wurde. Auch andere Zeugen gaben ihrer Empörung über die Behandlung der Kinder einen so impulsiven Ausdruck, daß der Vorsitzende sie ersuchte, sich zu mäßigen. Der vierzehnjährige **Arthur Völter** hat vom Lehrer **Groß** Ohrfeigen bekommen, weil er ein **Wavier**, in dem sich **Menschenkot** befand, nicht vom Schulhofe tragen wollte. Nach Aussage des Vaters waren die Schläge so hart, daß er dem Knaben **Kamillenumschläge** aufs Ohr machen mußte. Der Schulknabe **Richard Schmidt** ist vom Lehrer **Reichenbach** mit dem Stock so in die **Arme** geschlagen worden, daß er abends beim Ausziehen

das Bein nicht heben konnte. **Paul Greif**, ein schwächlicher Junge, ist vom Lehrer **Weißborn** so geschlagen worden, daß er, wie er erzählt, vor Schmerz nicht schlafen konnte. **Walter Spöhler**, ein kleiner Knirps, der sich in der Verhandlung als sehr schwach begabt erweist, ist vom Lehrer **Kleinsteuber** mehrmals geschlagen worden, weil er nicht lesen konnte. Der Vater bekundete, sein Kind sei kränzlich, darum schlage er es nie! **Oskar Töpfer** ist vom Lehrer **Kleinsteuber** ebenfalls geschlagen worden, weil er nicht lesen konnte. Von der Mutter war der Lehrer gebeten worden, den kränklichen Jungen zu schonen. **Kleinsteuber** aber hat gemeint, wenn der Junge keine Hiebe bekomme, käme er nicht vorwärts. Nach Aussage des Vaters hat der Junge nachts aufgeschrien und von der Schule phantasiert. Der kleine **Schnefer**, ein schwächliches Kind, weigerte sich, in die Schule zu gehen, aus Furcht vor neuen Schlägen. — Trotz aller dieser Zeugnisaussagen hielt der **Untersanwalt Böhm** die Anklage aufrecht. Er behauptete, daß die Sache vor Gericht zum Austrag gekommen sei. Das Gericht hielt den **Wahrheitsbeweis** für nicht erbracht und erkannte, dem **Antrage des Amtsanwalts** gem. auf **60 Mk. Geldstrafe**. — Wenn die Richtigungen der Lehrer **Beer**, **Groß**, **Reichenbach**, **Weißborn** und **Kleinsteuber** sich nach Meinung des **Schuldirektors Barth** „im Rahmen der Schulordnung“ hielten, dann möchten wir wissen, wo nach Meinung des Herrn **Vorsitz** die **Brigadevädela** anfängt, und wo sie aufhört. Die Empörung aller Kinderfreunde über das nackte Tatsachenmaterial, das in der Verhandlung ethisch vorgebracht wurde, kann durch das ergangene Urteil in keiner Weise gemildert werden.

und das **Greichen der Künstlerin** nicht ganz als das einfache Mädchen aus dem Volke; es war mehr aristokratisch, als unbedingt nötig war. Neu war Herr **Fischer** als **Myphisto**. Er gab diese Partie für seinen Geschmack mit zu viel komischem Beiwerk; gefänglich war er gut. Die übrigen Rollen waren in derselben Weise wie früher besetzt. Der **Chor** des ersten Aktes, namentlich der **Mädchenchor**, war zum **Steinernweihen**. **Souff** fand die **Vorstellung** vielen **Beifall**. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 16. Februar.
 Bauern-Butter Vfd. 1,15—1,20 Mk., Meierel-Butter Vfd. 1,25—1,30 Mk., Salen — — — — —, Enten 4,00—4,50 Mk., Schaner 1,80—2,00 Mk., Küsten Stk. — — — — —, Tauben Stk. 0,60 Mk., Gänse Vfd. 0,65 Mk., Fliedgans 2,00 Mk., Schweinskopf Vfd. 0,60 Mk., Schinken Vfd. 0,95—1,05 Mk., Wurst Vfd. 1,30 Mk., Eier 6 Stk. 60 Pfg., Karpsen Vfd. 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Vfd. 1,20—2,40 Mk., Karautschen Vfd. 80 Pfg., Hechte Vfd. 70 Pfg., Barsche Vfd. 70 Pfg., Mal Vfd. 0,90 Mk., Heimg 4 Stk. 10 Pfg., Dorsche genüg., Brachsen Vfd. 60 Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kefel, beste Gravensteiner, pr. 100 Vfd. — — — — —, verschiedene pr. 100 Vfd. — — — — —, Klammen, pr. 100 Vfd. — — — — —, Kirschen Vfd. — — — — —, Zwiebeln, hiesige, 100 Vfd. — — — — —, Gurken 100 Vfd. — — — — —, Kartoffeln, beste, 100 Vfd. 3,50 Mk., pr. 10 Liter 50 Pfg.

Stadthallen-Theater.

„**Margarethe**“, Oper in 5 Akten von **Gounod**. Frau **Böhringer-Saalburg**, die bereits als **Carmen** dem **Lübeker Publikum** eine schöne Probe ihrer **Künstlerkraft** geboten hat, gab gestern abend die **Margarethe**, und zwar mit gutem Erfolg. Man konnte sowohl in der **Darstellung** als auch im **Gesang** überall die **bedeutende vornehme Künstlerin** erkennen, die ihre Aufgabe bis in das kleinste Detail fein ausgearbeitet hat. Was dem **Organ der Dame** noch an **Volumen** fehlt, wird reichlich **aufgewogen** durch ihre **treffliche Gesangskunst**. Dazu kamen die **geschmackvollen Kostüme**, die mit **Recht** bewundert wurden. Nur erschien

Sternschanz-Viehmarkt

am 16. Februar.
 Der **Schweinehandel** verlief **flau**. Zugesührt wurden **257 Stück**, davon vom **Norden** — **Stück**, vom **Süden** — **Stück**. Preis: **Verbandschweine** schwere **54—55 Mk.**, leichte **53—54 Mk.**, **Sauen** **48—53 Mk.** und **Ferkel** **59—53 Mk.** pro **100 Stück**.

Verantwortlich für die Rubrik **Lübeck und Nachbargebiete** und die mit **P. L.** bezeichneten Artikel **Paul Böwig**; für den gesamten übrigen Inhalt **Johannes Stellung**. Verleger: **J. H. Schwanitz**. Druck: **Friedr. Meyer u. Co.** Sämtlich in **Lübeck**.

Anna Rük Carl Möller Verlobte.
 Lübeck, Lübeck, St. Hamburg.
 Zum 1. April mietefrei:
Parterre u. 1. Etage Gneisenstraße Nr. 11.
 Preis à **220 Mk.**, 2 Stuben mit Zubehör, abgeschlossen. Näheres **Moltkestraße 42, pt.**

Herbholzerin gesucht zur **Anschüffe für Sonnabend**.
 Meldungen erbeten **Fleischhauerstraße 30.**
Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
 1 neues englisches Schlafzimmer, satin.
 Preis **komplet 190 Mark.**
Dornstraße 37, II.

Kleines Haus im **Gang**, **billig** mit **200 Mk.** Anzahlung. Näheres **Devenau 6, I.**
 Zu verkaufen

1 Kinderwagen mit Gummireifen
Wickedefer 39, II.

Vereinigte Butterhändler von **Lübeck und Umgegend.**
Allerfeinste Meiereibutter kostet **Pfund 1,30 Mark.**

Van den Bergh's Margarine
„Frauenstolz“
 — hochfeine Spezialmarke —
 per **Pfund 80 Pfg.** ersetzt feinste Butter.
 Zu haben bei:
Ernst Köster, Wickedefer 48.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldschmied, Arbeit, Hünshaus 13

Uhrfeder einsetzen 1,50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1,50 Mk.
 1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher, Königsstraße 62, b. d. Hünshaus.

Max Regel's Sozialdemokratisches Liederbuch.
 Neueste Auflage.
 Preis **40 Pfg.** Preis **10 Pfg.**
Reclam's Bibliothek in **Taschenformat.**
 à **Stücken 20 Pfg.**
 Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Hiermit erlaube ich mir höflichst mitzuteilen, dass ich am hiesigen Platze,
 ■ ■ ■ ■ ■ **Wakenitzmuer 7,** ■ ■ ■ ■ ■
 ein
Kannen-Petroleumgeschäft
 eröffnet habe.

Ich bringe dasselbe hierdurch bestens in Empfehlung. Es wird stets mein eifrigstes Bestreben sein, eine verehrte Kundschaft **streng reell und gut** zu bedienen und mache ich speziell darauf aufmerksam, dass ich nur **garantiert rein amerikan. Petroleum, best raffiniert**, in meiner äusserst handlichen, besonders für diese Zwecke neu konstruierten **3-Liter-„Spezial“-Petroleumkanne** liefere. Die Kannen werden durch besondere Apparate automatisch gefüllt und in regelmässigen Zeiträumen an bestimmten Tagen durch meine Wagen frei ins Haus geliefert.

Der Preis stellt sich heute auf
 — **55 Pfg. für 3 Liter.** —

Indem ich um gütige Unterstützung meines neuen Unternehmens bitte, empfehle ich mich
 Hochachtungsvoll **Hans Spindler,**
Wakenitzmuer 7.
 Lübeck, den 16. Februar 1907.
 NB. Etwaige Klagen über Bedienung oder dergl. bitte ich höflich sofort in meinem Kontor, **Wakenitzmuer 7**, zu melden.
 — Telephonanschluss angemeldet. —

Geschäfts-Üebernahme.
 Einem geehrten Publikum Lübeck's, sowie allen Bekannten und Freunden die ergebene Mitteilung, daß ich das
Kolonialwaren-, Delikatess-, Wein-, Spirituosen-, Tabak- u. Zigarrengeschäft
 des kürzlich verstorbenen Herrn **Rudolf Fromm**, **Fadenburger Allee, Ecke Ziegelstraße**, käuflich übernommen habe und dasselbe unter veränderter Firma weiterführen werde.
 Ich bitte höflichst um freundliche Unterstützung meines Unternehmens und reichte
 Hochachtungsvoll
Christian Gäde, i. F. Rud. Fromm.

Misch-Kaffee
 ausnehmend **gut** und **kräftig**
Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.
H. Bülck
 Kaffee- und Teehandlung
 Fernspr. **149**, **Breitestr. 54.**

Berbund d. Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
 (Katholische Lübeck)
Mitglieder-Versammlung
 am **Dienstag, den 19. Februar**
 abends **8 1/2 Uhr**
 im **Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.**
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Geschäftsbericht vom Jahre 1906.
 3. Kartellbericht.
 4. Wahl eines Boten fürs Burgtor.
 5. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 die **Verwaltung.**

Hansa-Theater
Man de Wirth
 ? ? ?
Montrose Troupe
 die besten Akrobaten
 und das grosse Programm
 Vorverkauf bei **Sager und Katbel.**

Stadt-Theater.
 Direktion: **Ludw. Biorkowski.**
 Dienstag, 19. Februar. 8 Uhr.
 100. Abonn.-Vorst. 21. Dienst.-Abonn.
 Zum 4. Male:
 Sensationell, durchschlagender Sacherfolg!
Husarenlieber.
 Aufsp. 1. Akt. v. **Kadelburg u. Stowronnet.**
 Mittwoch: Jeder **Blag 50 Pfg.**
Die Journalisten.
 Freitag: Zum letzten Male.
 Gastspiel **Certa Wehringer-Saalburg.**
Carmen.

Das Wahlergebnis und die Gewerkschaften.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ bespricht das Wahlergebnis in einem Artikel, der Beachtung verdient. Wir geben nachstehend den Artikel, mit dem wir uns nicht vollständig einverstanden erklären können, auszugsweise wieder:

Die Partei der Nichtwähler hat die Parole der nationalen Gefahr auf die Leine gebracht, aber die Partei der Mittläufer hat der inneren Parteistreit verflüchtigt. Und fragt man sich, was hat die Sozialdemokratie getan, um diese unerwartet zu ihr gestohlene Mittläuferschaft festzuhalten und sich dauernd einzuverleiben, so muß die Antwort lauten: das Gegenteil von dem, was sie hätte tun sollen. Sie hat diese Gefahr durch tadeltlose Vorfälle und Anhängung von Kraftworten erschreckt, sie durch Akte der Intoleranz in ihrem Vertrauen irremacht, sie durch Massenintellektuellen in Furcht gesetzt und sie durch ungehörige Vereinerlichung der eigenen Grundzüge abgestoßen. Gut, daß wir sie los sind! — darin findet sich ein Teil der Parteipresse mit dieser Forderung der Sozialdemokratie ab. Aber diese Massen sind zum großen Teil ins Lager der Gegner hinübergefallen; sie stärken die politische Macht der Gegner und bringen dadurch wertvolle Volksrechte in Gefahr. Wäre sich die Sozialdemokratie in all den Jahren stets bewußt geblieben, daß sie nicht bloß eine Zukunft zu erobern, sondern auch einen wertvollen Gegenwartsbesitz zu verteidigen hat, dann hätte sie so manches vermeiden müssen, was ihr jetzt zum Nachteil gereicht hat.

Eine der allgemeinsten Ursachen unseres Erfolges ist die gesellschaftliche Unterschätzung nationalsozialistischer Empfindungen, die noch in weiten Volksteilen vorhanden sind. Mögen diese Empfindungen unregelmäßig sein, weil sie sich am kräftigsten beim einer Jahr Morgana nationaler Größe oder Ehre betreffen, so müssen wir doch mit ihnen rechnen, auch wenn wir sie weder teilen noch ihnen Konzessionen machen können. Eben weil sie vorhanden sind als eine nationale Gefahr, sollten wir uns hüten, sie mehr als nötig herauszufordern und sie als belanglos einzuschätzen. Ein im Chauvinismus entflammtes Volk ist fähig, seine besten Rechte zu verzichten und sich zum blinden Werkzeug einer Kamarilla von Spekulanten und Demagogen zu machen. Es ist eine der Kräfte des jüngsten Wahlkampfes, daß die Partei in eine fühlbare Abhängigkeit ihres eigenen Einflusses auf national erregte Wahlmassen eintritt und ihre Aufklärungsarbeit wie ihr taktisches Verhalten dementsprechend einrichtet. Auch die wirtschaftlich-politische Haltung der Sozialdemokratie hat diesmal eine Belastungsprobe ausstehen müssen wie nie zuvor, und sie hat dabei leider sehr oft versagt. Das Glend der Landarbeiter und auch der kleinen Bauern ist so groß, daß sie nach dem kräftigsten Trosthauch der doch nur künstlich gesteigerten Fleischpreise saßen und es denen, die ihnen das Verbrechen einer solchen Wirtschaftspolitik klar zu machen unternahmen, bitter entgegen liefen. Soll nun die Sozialdemokratie ihre Stellung zur Wirtschaftspolitik ändern, soll sie für agrarische Schutzzölle und Schutzverträge eintreten, um sich ein offenes Tor bei der ländlichen Bevölkerung zu halten? Mit nichten! Aber sie muß ihre ländliche Agitation und Aufklärungsarbeit verdoppeln und muß energischer als bisher die Organisation der Landarbeiter in die Hand nehmen, um Bresche in die agrarische Herrschaft zu legen. Hier zeigt sich, daß das allgemeine Wahlrecht ohne gleichzeitiges Koalitionsrecht nicht bloß wertlos, sondern eine direkte Gefahr für das arbeitende Volk ist. Dieses Koalitionsrecht muß der Landarbeiter erkämpft werden, koste es, was es wolle, und erkämpft wird es durch die Inanspruchnahme dieses Rechtes trotz des Widerstandes der Landherren.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben beide gleich wichtige Arbeit zu leisten im Befreiungskampfe des ländlichen Proletariats, der nicht nur ein wirt-

schaftlicher und politischer, sondern auch ein geistiger Kampf, ein Kampf gegen die systematische Volksverdummung ist. Als die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft mit Begeisterung in den Wahlkampf zog, der auch ein Kampf für die Sicherung ihres Koalitionsrechtes war, da hatte sie wohl auf andere Erfolge des Schutz- und Trutzbündnisses, das in Mannheim besiegelt wurde, gehofft. Seit dem vorigen Wahlkampfe, seit Mitte 1903, sind die gewerkschaftlichen Organisationen um fast eine Million Mitglieder gewachsen — von 887 000 auf 1 800 000. Kommt dieser bedeutende Fortschritt in den sozialdemokratischen Stimmen des jüngsten Wahlkampfes zum Ausdruck? Diese Frage läßt sich weder unbedingt bejahen noch verneinen. Aber wenn ersteres der Fall wäre, um wieviel größer muß dann die Zahl der fluktuierenden Elemente gewesen sein, die der Partei selbst bei der bloßen Abgabe eines Stimmzettels die Treue nicht halten konnten. Je mehr der gewerkschaftliche Aufschwung, je mehr die gewaltig anwachsenden Lohn- und Klassenkämpfe der Partei Arbeitermassen zugeführt und sie in ihrem Klassenbewußtsein gefestigt haben, desto größer muß der Abgang in Rechnung gestellt werden, den die Zwistigkeiten zwischen Partei und Gewerkschaften und den die inneren Reibungen der Sozialdemokratie hinausgedrängt haben. Ohne diese Fluktuation wäre die vierte Stimmennillion mit Leichtigkeit erreicht worden; ihr vorzubringen muß die erste Vorarbeit für künftige Wahlkämpfe sein, die der Partei und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gleichermaßen obliegt. Sie muß von unten herauf beginnen durch einträchtiges Miteinandearbeiten an der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele der gewerkschaftlichen, wie der politischen Organisation, durch gegenseitige Unterstützung in allen Aufgaben und durch Ausschaltung aller inneren Zwistigkeiten, der die Aktionskraft einer oder beider Gruppen schwächt und den Gegnern Angriffsarten bietet. Einigkeit alles dessen, was Teil hat an der gesamten Arbeiterbewegung, ist fortan die erste Voraussetzung für deren Wohlergehen. Einigkeit und unermüdete Arbeit im Aufklaren, im Organisieren und im Aufbau — nur sie vermögen die Schäden auszumergen, die unsere Wahlniederlagen herbeigeführt haben, und die Scharten auszuweichen, die uns der Wahlausfall aufhagen hat. Maßvoll in der Überwindung aller Vorurteile, fest und sicher, ohne kleinliche Rechungslegenheit, aber auch ohne katastrophenartige Überstürzung, zielbewußt den Blick aufs Ganze gerichtet, ohne die Schwächen der Gegner und selbstverständlich auch unsere eigenen Schwächen außer acht zu lassen, das muß auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Gebiete die Richtschnur unseres Verhaltens sein. Es war nicht die schlechteste Lehre, die der „Vorwärts“ aus den Ergebnissen des ersten Wahltages zog, als er in seiner Sonderausgabe vom 26. Jänner schrieb: „Allerdings muß sich das kämpfende Proletariat nach diesem Wahlkampf ein für allemal ferner von einzelnen genährten Illusionen entschlagen, als sei es möglich, durch einen letzten Handschlag gleichsam die politische Macht zu erobern. Hat doch gerade dieser Wahlkampf gelehrt, daß sich der politische Kampf immer mehr zum unerbittlichen Klassenkampf zuspitzt, in dem das Proletariat nur durch straffe Organisation, durch unermüdet fortgeschreitende systematische Aufklärung seine Macht zu erweitern vermag.“ Die Gewerkschaften werden nach Kräften das Ihre tun, diese Organisation und Aufklärungsarbeit zu fördern, um die der Arbeiterbewegung noch fernstehenden Millionen von Industrie- und Landproletariats für den Emanzipationskampf des arbeitenden Volkes zu gewinnen und zu klassenbewußten, treuen, verlässlichen Klassenkämpfern zu erziehen. Soll diese Arbeit von Erfolg gekrönt sein, so muß sie das volle Verständnis und die volle Zusage aller Parteifreie finden. Dann wird der 26. Jänner aus einem Tage der Niederlage zu einem Tage der Wiedergeburt werden.

Soziales und Parteileben.

Der **Todesstag Giordano Bruno's** (17. Februar), der vor 307 Jahren als Märtyrer des freien Gedankens starb, soll in diesem Jahre zu einer großen antikirchlichen Demonstration in ganz Italien benutzt werden. Überall werden

Anzüge und Volksversammlungen abgehalten. In Rom werden u. a. auch die sozialistischen Abgeordneten **Enrico Ferri** und **Berenini** sprechen. In der antikirchlichen Kundgebung beteiligt sich die sozialistische Partei **offiziell**, ferner die Republikaner, Radikalen, Anarchisten und Freimaurer. Die vatikanfreundliche Strömung in der Regierung und das machtvolle Eindringen der Merkantilisten in Parlament und Gemeinden zeitigt als Reaktion dieses Erwachens antikirchlichen Geistes. In der sozialistischen Partei treten sowohl die Reformisten um **Turati** als die Syndikalisten dieser Bewegung als einer dem bürgerlichen Radikalismus zustehenden Manifestation entgegen.

Dem **Opiere der Breslauer Justiz**, dem Genossen **Paul Löbe** haben die Breslauer Genossen bei seiner Entlassung aus dem Gefängnis einen herzlichen Empfang bereitet. Delegationen des sozialdemokratischen Vereins und des Gewerkschaftsartells **Reslau**, des Wahlkreises **Brig-Plamslau** (wo Löbe kandidiert), sowie seine Redaktionskollegen waren nach Wohlau gefahren, und nahmen dort den Freund an den Pforten des Gefängnisses in Empfang. In Breslau begrüßte in der Bahnhofshalle eine tausendköpfige Menge den Zurückkehrenden mit stürmischem Willkomm und begleitete ihn nach der Redaktion, ungestört von der Polizei, die sich überhaupt durchaus referenziell verhalten hat. Zur Abend-Begegnungsfeier im Gewerkschaftshause hatten sich an 2000 Personen eingefunden. Löbe wurde wiederum stürmisch willkommen geheißen. Nach einem Liebes der Arbeiterjäger begrüßte Genosse **Schöy** den Heimgekehrten. Genosse Löbe dankte in einfachen Worten für die vielen Beweise der Freundschaft und Zuneigung. Er freute sich, mitteilen zu können, daß man ihm in Wohlau die schwere Zeit so viel erleichtert habe, wie es irgend möglich war, wie er überhaupt anerkennen müsse, daß in Wohlau der Strafvollzug unter der Leitung des Direktors Herrn **Halsberg** und des Inspektors Herrn **Mayer** ein durchaus humaner gewesen sei. Im Gefängnis habe er die Befürchtung gehabt, die bitteren Erfahrungen der Wahlniederlage würden seine Genossen drängen in der Freiheit niedergelagert und mutlos gemacht haben. Froh aber sei ihm das Herz geworden, als er in den Gefängnissen der Freunde die alte Zuversicht und Kampfesfreude lesen konnte. Im Namen des Gewerkschaftsartells und der 3000 Gewerkschafter von Breslau ließ Genosse **Schöy** den herzlichsten Willkommen ausprechen. Mit Gesangs- und Internatinalvorträgen schloß die würdige Feier.

Die **Arbeiter der Zuckerrübenfabrik in Barth a. d. Ostsee** sind noch immer ausgesperrt. Die Direktion will sich auf keine Einigung einlassen. Sie verachtet krampfhaft, Arbeitswillige aus den verschiedensten Gauen Deutschlands nach hier zu locken. Es ist bis jetzt aber noch nicht gelungen. Die Kollegen allerorts werden erücht, den Zugang mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Die **antimilitaristische Agitation**. Der „**Avanti!**“ veröffentlicht einen Aufruf der sozialistischen Jugendorganisation in Italien an die Rekruten des Jahrgangs 1897, die für den 20. Februar zum „Ziehen der Nummer“ einberufen sind. Bekanntlich wird in Italien wie in Frankreich die Gesamtmasse der Rekruten in zwei Kategorien geteilt; die der ersten Kategorie zugewiesenen leisten den vollen Militärdienst von drei (Infanterie) bis zu fünf (Kavallerie, Marine, Artillerie) Jahren. Was die Bedürfnisse des Kontingents überschreitet, wird der zweiten Kategorie zugeteilt und nur zu kurzen Übungen einberufen. Neben die Zuteilung entscheidet das Los. Wer sich zum Ziehen des Loses an dem festgesetzten Tage nicht einstellt, für den wird von Amt wegen das Los gezogen. Die sozialistische Jugendorganisation fordert nun in ihrem Manifest die Rekruten auf, als Protest gegen den Militarismus, der das Land auslaugt und es dem Glend und Analfabetismus überantwortet, sich nicht zum „Ziehen der Nummer“ einzustellen! Dieser stumme Protest soll der Vier des Militarismus eine Mahnung und Warnung sein. Der „Avanti!“ billigt diese Agitation und teilt mit, daß auch die Mehrheit des Parteivorstandes ihr beipflichtet. Die Regierung scheint über den Plan der Antimilitaristen, eine Art **Revue** ihrer Kräfte zu halten, recht besorgt. Seit der Veröffentlichung des Manifestes haben die Mitglieder des Komitees, das den

Der Kunststreiter.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(28. Fortsetzung.)

Herr v. Zühbig ließ sich auf das Sofa neben Georginen nieder, und sah dort wie auf Nadeln, bis ihn die Fragen der schönen Frau nach seiner Reise und dem heutigen Anfall wieder zu sich selber brachten. Er erzählte jetzt, wie er Urlaub in ^{der} genommen, trotzdem daß seine Anwesenheit dort dringend nötig sei, denn er fürchte, daß am dortigen Theater, selbst während seiner kurzen Abwesenheit, die größten Mißgriffe geschehen würden. Notwendige Familiengeschäfte hatten ihn aber nach Norden gerufen, und er selber war nur der angenehmen Pflicht gefolgt, bei einer im Jünnern des Landes lebenden Schwester, der Gräfin Hofenbrut, Gewatter zu sehen. Von da kehrte er eben zurück — Herr v. Seyffeln kannte gewiß die in Mecklenburg ziemlich ausgebreitete Familie Hofenbrut — und während er im Anfange geglaubt habe, daß ihm sein böser Stern heute einen fatalen Aufenthalt zugezogen, finde er jetzt — und er setzte das mit seinem süßesten Lächeln hinzu —, daß es sein guter gewesen sei, dem er nicht genug danken könne. Einmal im Zuge, war auch keine Gefahr, daß Herr v. Zühbig ein anderes Thema berühren würde als sich selber, und als es das erschöpfte zu haben schien, brachte ein einziges hingeworfenes Wort Georgs, das Theater berührend, ihn in eine neue Bahn, aus deren Geleisen er nicht mehr wich, bis das Essen heringebracht wurde. Auf eine einladende Bewegung Georgs hatte Herr v. Zühbig eben der Dame des Hauses den Arm geboten, sie zu ihrem Stuhl zu führen, als Josephine in das Zimmer kam und sich gegen den Fremden verneigend sagte: „Mama, ich habe mein Musikheft hier liegen lassen!“

„Mademoiselle Josephine, beim Zeus! rief Herr v. Zühbig erstaunt aus.“

Josephine sah erstaunt von ihm zu ihren Eltern, der finstere Blick des Vaters aber ließ sie die Szene rasch durchschauen, und wieder sich grazios verbeugend, gewissermaßen wie um für Nennung ihres Namens zu danken, ergreift sie das vergessene Heft und verschwand im nächsten Augenblicke aus dem Zimmer.

„Bitte, diesen Platz einzunehmen, Herr Baron“, sagte, indem Georgine, während der General-Intendant noch immer

auf derselben Stelle stand und hinter dem jungen Mädchen wie hinter einer Erscheinung dreinsah.

„Entschuldigen Sie“, erwiderte verlegen Herr v. Zühbig, und sein Blick streifte über die beiden Gatten. Wenn aber auch Georgine ihre volle Unbefangtheit gewahrt hatte — denn ihr selber machte es sogar Freude, die Erinnerung an sich und ihre Tochter so bewahrt zu sehen —, konnte sich der Baron doch nicht gut über den finstern Ernst täuschen, der auf „**Monsieur's** Bertrand's“ Zügen lag. Zu viel Weltmann dabei, einen so argen Mißgriff zu begehen, als jetzt noch einmal das Thema zu berühren, das, wie er fühlen mußte, seinem Wirte wenigstens kein angenehmes war, erwähnte er der neuen Bestätigung, die er in seinem ersten Erkennen durch Josephines Erscheinen gewonnen hatte, mit keinem Worte, und warf sich jetzt, vielleicht mit etwas nur zu großem Eifer, auf ein Gespräch über Akterbau und Viehzucht, das ihm vollkommen fern lag und von dem er kein Wort verstand. Georg aber war ihm dennoch dafür dankbar und ging rasch darauf ein. Trotzdem herrschte ein Mißton in der Unterhaltung, die unter diesen Umständen nicht natürlich fließen konnte. Der eine Teil verschwiegen etwas, von dem der andere schon zu viel Kenntnis erlangt hatte, um es ungeschehen zu machen, und wenn auch das Gespräch bald auf die Jagd, dann auf die Nachbarschaft und die Unterhaltung im Winter hinüberwechselte, ließ sich der heitere Ton darin nicht wiederfinden. Herr v. Zühbig sehnte deshalb die Zeit herbei, in der er sich auf sein eigenes Zimmer zurückziehen konnte, und Georg kam ihm darin unter dem Vorwande zuvor, den reifemüden Gast nicht zu lange die nötige Ruhe und Bequemlichkeit entbehren zu lassen. Am nächsten Morgen beim Frühstück wollte man sich wieder treffen, und bis dahin war auch der Wagen, wie sich Georg indessen schon hatte erkundigen lassen, wieder hergestellt, damit die Reise ungestört fortsetzen zu können.

So früh indessen Herr v. Zühbig an diesem Abend zu Bett gegangen war, so früh war er am nächsten Morgen wieder auf und — unten im Dorfe. Nicht aber um nur nach seinem Gespür zu sehen — das würde er unter anderen Umständen allein seinem Kutsher oder Bedienten überlassen haben, — sondern in einer Sache, die für ihn weit größere Wichtigkeit hatte: über die Seyffelnsche Familie nämlich so viel Nachrichten als möglich einzuziehen. Schon beim Schmied erfuhr er denn auch zu seinem unbegrenzten Erstaunen, daß das Gut Schildheim der Familie Geberstein

gehöre und Herr v. Seyffeln nur der neue Wächter sei, der mit dem Grafen v. Geberstein vor noch nicht sehr langer Zeit hier eingetroffen wäre. Weiter vermochte ihm aber der Schmied keine Auskunft zu geben, und eben so wenig der Wagenmacher, das ausgenommen, daß der „gnädige Herr“ noch außer seiner Tochter den Vater seiner Frau und einen Knaben, einen Neffen oder Better, bei sich habe. So viel einmal erkundschafte, gelästete es Herrn v. Zühbig sehr außerordentlich, noch mehr zu erfahren, denn daß die Residenz bei so hoher Neuigkeit auch die kleinsten Details von ihm verlangen würde, verstand sich wohl von selbst; aber es gelang ihm nicht. Selbst der Wirt, der, als er den Stern betrat, nach durchschwärmter Nacht eben sein Bett verlassen hatte und ihn gähnend in Pantoffeln und Schlafpelz mitten im Hausflur begrüßte, wußte keine nähere Auskunft, und Herr v. Zühbig hätte auch mit Vergnügen — trotz seiner dringenden Geschäfte zu Hause — einen Tag in Schildheim zugegeben, seine Chronique scandaleuse zu vervollständigen, wenn ihm nur, dem Baron v. Seyffeln gegenüber, der geringste haltbare Grund dafür eingefallen wäre. Das ging jedoch nicht an; der Wagen war leider fix und fertig; sein Diener hatte das Gepäck schon vom Gute heruntergebracht und eben begonnen, es wieder aufzuladen, und er mußte sogar eilen, daß er zu der bestimmten Zeit oben beim Frühstück eintraf.

Hatte er übrigens gehofft, hier noch einmal mit Georginen zusammenzutreffen, so sollte er sich darin getäuscht sehen. Georg empfing ihn allein und benachrichtigte ihn, daß sich seine Frau, eines leichten Unwohlseins wegen, entschuldigen ließe, so früher Stunde an ihrem Mahl teilzunehmen. Das Frühstück wurde dann fast schwermütig eingenommen, und Georg begleitete danach seinen Gast in das Dorf hinunter, um ihn sicher und schnell unterwegs zu sehen.

„Herr v. Seyffeln“, sagte hier, als sie das Dorf fast erreicht hatten, der Baron, indem er sich zu seinem Begleiter wandte, ich weiß wirklich nicht, wie ich Ihnen genug für die mir so herzlich erwiesene Hilfe und Gastfreundschaft danken soll. Ich wollte nur, daß Sie selber mit einmal Gelegenheit gäben.“

„Sie haben ein Müßel, Herr Baron“, unterbrach ihn freundlich Georg, — und noch dazu eins, das den Dank ganz und gar auf meine Schultern werfen würde.“

